ROTE POST

Nr.84 Januar 2025

BRASILIEN - REBELLION IN STADT UND LAND

WAHLKAMPFTHEMA: ABTREIBUNGSRECHT

VOLKSWAGEN - FORD - THYSSEN:

DIE KAPITALISTEN MÜSSEN FÜR DIE KRISE BEZAHLEN!

INHALT

3 EDITORIAL

INTERNATIONAL
4 BRASILIEN: NEUSTE ENTWICKLUNGEN IM KAMPF DES VOLKES

BRD
9 VOLKSWAGEN: MEHR AUSBEUTUNG, MEHR PARASITISMUS

INTERNATIONAL
11 VOLKSWAGEN DO BRASIL: SKLAVEREI - FOLTER - TERROR

FRAUEN
14 ABTREIBUNGSRECHT UND WAHLKAMPF

16 NRW ZUR SITUATION BEI FORD UND THYSSENKRUPP

18 KIEL GAARDEN REBELLIERT

19 LEIPZIG ARMUT IN DER STADT

20 HAMBURG CUM-EX LÄUFT WEITER, DIE AUFKLÄRUNG NICHT

KULTUR
22 KULTUR UND GEGENKULTUR

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I.S.D.P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des Absenderln, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

hinter uns allen liegt ein kämpferisches Jahr 2024 und es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass das kommende 2025 weniger kämpferisch sein sollte, auch wenn Revisionismus und Opportunismus die Fanfare der Wahlfarce blasen. Die Widersprüche verschärfen sich und der deutsche Imperialismus steckt weiterhin in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise.

Nach einem Minus des Bruttoinlandsprodukt von 0,3 Prozent im Jahr 2023 und 0,2 Prozent Schrumpfung im gerade zu Ende gegangenen Jahr 2024 wird mit einem Rückgang im neuen Jahr 2025 um 0,1 Prozent (HRI) gerechnet. Drei Jahre in Folge - das wäre die am längsten andauernde Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dazu kommt ein Rückgang der Produktivität vom rund einem halben Prozent. 2024 gab es fast ein Viertel mehr Unternehmenspleiten als ein Jahr zuvor. Für 2025 wird dazu mit einem weiteren Anstieg der Konkurse gerechnet. Außerdem fünf Jahre in Folge schrumpfende Bruttoanlageinvestitionen in der BRD. Auch die Inflation wird wahrscheinlich anhalten und sowohl 2025 als auch 2026 über der angepeilten Zwei-Prozent-Marke verharren.

Die EU, eine Allianz unter der Dominanz des deutschen Imperialismus, befindet sich in mannigfaltigen Problemen. Deutschland ist in der gegenwärtigen Situation – mindestens bis zu den Neuwahlen und der Formierung einer neuen Regierung – nur eingeschränkt handlungsfähig. Frankreich, auf der einen Seite der hauptsächliche Verbündete des deutsche Imperialismus, aber auf den anderen Seite die Macht, mit welcher er um die Dominanz in der EU ringt, ist schwer angeschlagen, die Totenglocken der fünften Republik werden schon geläutet. Ein Umstand der mindestens bis Mitte diesen Jahres andauern wird. Auch die Minderheitsregierung in Spanien könnte – wie in Frankreich – am Haushalt scheitern. Belgien und Österreich haben nur geschäftsführende Regierungen – zuletzt platzten in Österreich die Pläne einer Koalitionsbildung. Für den deutschen Imperialismus schwierig zu handhabende Regierung sind unter anderem in Italien und den Niederlanden am Ruder. In Rumänien wurde die letzte Wahl einfach annulliert, weil das Ergebnis nicht passte. Auch in Ungarn und der Slowakei bereiten die dortigen Regierungen dem deutschen Imperialismus zumindest Sorgen. Außerdem bröckelt die Ostfront – eine Durchsetzung der Minimalziele der russischen Imperialismus und eine Spaltung der Ukraine sind absehbar.

Gleichzeitig wird die Handhabung der bestehenden ökonomischen Probleme in Deutschland die Widersprüche verschärfen und im Westen ziehen rote Gewitterwolken auf.

Die jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika bestätigen die Einschätzung, dass es sich dabei im Moment um das schwächste Glied der imperialistischen Kette handelt. Die andauernden Kämpfe in vielen Ländern, auch in Form bewaffneter Auseinandersetzungen, insbesondere aber in Brasilien, künden von großen Sprüngen im Kampfe des Volkes. Diese Kämpfe werden im kommenden Jahr die Bestien des Imperialismus noch mehr ins Wanken bringen und ihren Blutdurst steigern. Um mit dieser Entwicklung Schritt halten zu können braucht es entsprechende Sprünge auch in Fragen der internationalen antiimperialistischen Front. Darum erneuern wir zum widerholten Male den Ruf der Antiimperialistischen Liga:

EINHEIT! KAMPF! SIEG!

Eure RoPo-Redaktion

BRASILIEN: NEUSTE ENTWICKLUNGEN IM KAMPF DES VOLKES

Ende November wurden rund 60 Bauernfamilien in ***Rondônia*** Opfer einer illegalen Vertreibung aus dem Lager Nova Esperança auf der Hacienda Capão da Onça.. Militärpolizeitruppen aus drei verschiedenen Orten führten die illegale Vertreibung ohne Gerichtsbeschluss durch. Kinder, ältere Menschen, selbst Behinderte wurden von der Gewalt der Polizei nicht verschont. Die Bauern wurden gewaltsam von ihrem Land vertrieben und in Busse gezerrt. Sie wurden anschließend auf einem Sportplatz festgehalten, wo ihnen Wasser, Nahrung und Toiletten verweigert wurden. Sie wurden dann auf den Hof einer Kirche überführt und von der brutalen Polizei und den Schlägern der Großgrundbesitzer schikaniert.

Am 3. Dezember fand an der ***Universität von Bahia*** eine Protestkundgebung zur Verteidigung der Agrarrevolution statt. Die durchgeführten Aktionen waren Teil einer Kampagne zur Verteidigung der Camps Mãe Bernadete, Barro Branco und Zumbi dos Palmares, die vom Komitee zur Unterstützung des Kampfes um Land in Bahia organisiert wurde und drei Wochen lang vielfältige Agitations- und Propagandaaktivitäten umfasste.

Die Verantwortlichen des ***Revolutionsgebiets Renato Nathan*** gaben bereits vor einiger Zeit über Social-Media bekannt, dass die Arbeiten zur Rückeroberung der seit 2008 von Bauern besetzten Ländereien begonnen haben. Die Bauern aus Lajeiro wurden im vergangenen Oktober von Militärpolizei und Schlägerbanden, die im Dienste der Großgrundbesitzer stehen, vertrieben.

Dies geschah ganz offensichtlich aus Rache, nach der Demütigung, die die Reaktion in der Schlacht von Barro Branco erlitt. Nun versuchte die Militärpolizei in das Lager einzudringen, um die Besatzer zu vertreiben. Die von der Liga der Armen Bauern (LCP) organisierten Bauern errichteten eine brennende Barrikade und verhinderten die Invasion. Die Militärpolizei rannte davon.

Am Nachmittag des 2. Dezember führte die Militärpolizei eine Räumungsaktion im ***Lager Zumbi dos Palmares*** in Messias durch und nahm dabei acht Bauern fest. Die Militärpolizei war schwer bewaffnet und wurde zusätzlich von Schlägern gedeckt. Nach drei erfolglosen Versuchen, die von den Bauern errichtete Blockade zu durchbrechen, gelang es der Militärpolizei in das Lager einzudringen. Es wurde kein Haftbefehl vorgelegt, trotzdem wurden fünf Bauern in Gewahrsam genommen, während drei weitere inhaftiert wurden. Die Lage in der Region ist äußerst angespannt.

Es gibt Aufrufe die kämpfenden Bauern mit Spenden über die brasilianische Sofortzahlungsplattform „PIX" zu unterstützen. Diese Spenden sollten an die E-Mail *comitedeapoioposseirosmessias @ gmail.com* gerichtet sein.

Einigen Bauern gelang es am 3. Dezember die Genossen zu befreien, die am Vortag von der Militärpolizei festgenommen worden waren. Die Bauern hielten vor dem Gericht von Rio Largo eine Mahnwache ab, um die Freilassung der Bauern aus Lajeiro zu fordern, was schließlich auch geschah.

Mehrere Fälle von Polizeimorden haben Anfang Dezember in ganz Brasilien für Empörung und Aufruhr gesorgt: In den frühen Morgenstunden des 2. Dezember wurde ein Mann von der Militärpolizei im Stadtteil ***Vila Clara*** in São Paulo lebendig von einer Brücke geworfen. Der Polizist wurde nur deshalb verhaftet, weil der versuchte Mord gefilmt wurde. Die anderen Polizisten vor Ort sagten nichts und werden „natürlich" nicht wegen Unterlassung oder Mittäterschaft angeklagt, obwohl sie beide Verbrechen begangen haben.

Am selben Tag veröffentlichte der Rapper Eduardo Taddeo Aufnahmen von seinem Neffen, der von einem Polizisten in Jardim Prudência, São Paulo, erschossen wurde. Auf Aufnahmen einer Überwachungskamera ist zu sehen, wie der Junge in den Rücken geschossen wird – achtmal.

In ***Camaragibe,*** in der Nähe von Recife, erschoss ein Polizist einen Rideshare-Fahrer wegen eines Streits um den Fahrpreis von gerade einmal 7 Reais (circa 1,10 Euro). Der Fahrer fragte den Polizisten nach dem Geld - der Polizist zog seine Waffe und schoss. Nach dem Vorfall wurde der Polizist von Anwohnern wieder erkannt und angegriffen. Die Schläge, getrieben von einem Gefühl der Volksgerechtigkeit, dauerten an, bis die Polizei eintraf. Anwohner verbrannten anschließend zu Barrikaden aufgehäuften Unrat. Einige Tage später kam es zu großen Protesten der örtlichen Bevölkerung. Der zuständige Gouverneur Freitas befeuert aktiv die Polizeigewalt. Er ist für die „Shield" Operationen verantwortlich, bei denen es zu Hinrichtungen, Folter und anderen Übergriffen kam. Unter Freitas Führung tötete die Polizei von São Paulo allein im Jahr 2023 insgesamt mindestens 712 Menschen. Ein Anstieg von rund 75 % im Vergleich zum Vorjahr.

In der ersten Dezemberhälfte gab es einige Großoperationen der Polizei in den Favelas Complexo da Penha und Complexo do Alemão in Rio de Janeiro. Diese führten zu zahlreichen Opfern und auch Verletzten unter der Zivilbevölkerung und zur Unterbrechung der Versorgung.

Im ***Complexo da Penha*** waren rund 1.000 Zivil- und Militärpolizisten am Angriff beteiligt. Die Operation wurde von gepanzerten Fahrzeugen, Hubschraubern und Drohnen unterstützt. Elite-Polizeieinheiten wie BOPE (Eliteeinheit der Militärpolizei von Rio de Janeiro), CORE (eine Spezialeinheit der Zivilpolizei von Rio de Janeiro) und GAECO (Spezielle Aktionsgruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität) waren ebenfalls an dem Überfall beteiligt. Am folgenden Tag kam es in Ramos zu Schüssen, als die Polizei ihre Attacken fortsetzte. Ein Haus wurde in Brand gesteckt und vier Bewohner angeschossen.

Anfang Dezember veranstalteten verschiedene Organisationen der Wohnungsbewegung eine öffentliche Anhörung gegen die Kriminalisierung der Wohnungsbewegung im ***Distrito Federal*** in Brasilien. Am 21. November wurde die Schaffung einer „Anti-Terror"-Abteilung der Zivilpolizei des Distrito Federal genehmigt, die soziale Bewegungen verfolgen soll. Sie soll „radikale Demonstrationen" verhindern und bekämpfen, die „die Sicherheit der Bundeshauptstadt bedrohen". Die Debatte konzentrierte sich auf die Verfolgung von elf Aktivisten und ehemaligen Aktivisten der Volkswiderstandsbewegung (MRP), die kürzlich ohne Beweise verurteilt worden waren.

Nach der Veranstaltung marschierten Organisationen und Aktivisten zum Obersten Gerichtshof, um die Verfolgung der MRP anzuprangern, und riefen Parolen wie „Das Land dem Pflüger, jetzt und immer, lang lebe die Agrarrevolution" und „MRP-Prozess beenden. Kampf ist kein Verbrechen. Das Volk wird siegen". Das Solidaritätskomitee mit der MPR zur Verteidigung verfolgter Militanter und zur Beendigung der Kriminalisierung des Kampfes um Land wurde gegründet.

In einem neuen Versuch, die Bauern des ***Camp Mãe Bernadet*** zu vertreiben, versuchte das Unternehmen Calsete, sie mit Lügen und Unwahrheiten zu diskreditieren. Das Unternahmen diffamiert die Bauern als Umweltsünder, hat aber mittlerweile selbst Strafen wegen Umweltvergehen in Höhe von insgesamt 11 Millionen Reais erhalten. Der Kampf der Bauern gegen das Bergbauunternehmen Calsete um die Ländereien der Hacienda Lagoa do Portácios dauert seit 2023 an und verschärft sich zunehmend. Der Kampf der Reaktion findet hier vermittels der „Invasão Zero" statt, die sich auf nationaler Ebene gegen die Liga der armen Bauern richtet. Das Camp Mãe Bernadete leistet weiterhin Widerstand und ist ein Beispiel für den Kampf aller Bauern in der Region, die von Großgrundbesitzern umgeben und bedroht leben.

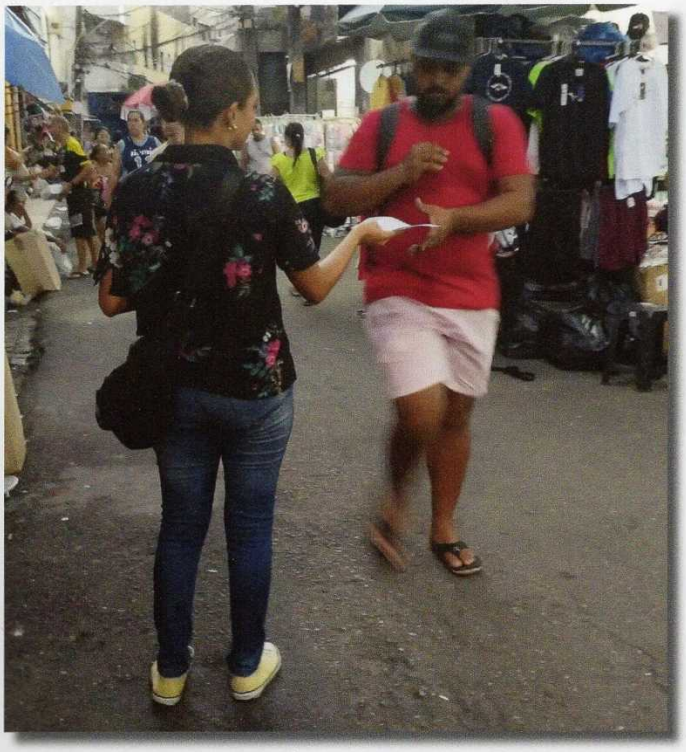
Mitte Dezember kam es erneut zu massiven Attacken der Reaktion auf die Volksmassen. Bei einem Angriff auf das Viertel ***Complexo da Maré*** wurde u.a. eine 30-jährige Anwohnerin erschossen. Ein Erschossener wurde stundenlang im Haus einer Anwohnerin liegen gelassen. Die offizielle Bilanz des Einsatzes sind drei Tote und 13 Festgenommene. Dies war der 42. Polizeieinsatz im Complexo da Maré in diesem Jahr, wodurch bislang u.a. an 37 Tage keinen Unterricht an Schulen stattfinden konnte.

Die Verfassungs- und Justizkommission billigt Mitte Dezember einen Gesetzentwurf , der die Notwendigkeit einer richterlichen Genehmigung für den Einsatz von Gewalt gegen Landbesetzungen aufhebt. Das Gesetz erlaubt es der Polizei und privaten Sicherheitskräften, gegen Landbesetzungen vorzugehen. Solche Landbesetzungen werden nunmehr als „*Terrorismus*" eingestuft und mit harten Strafen von einem bis vier Jahren Gefängnis für die Beteiligten belegt. Die Polizei wird demnach außerdem dazu verpflichtet, innerhalb von 48 Stunden auf Anfragen der Großgrundbesitzer zu reagieren. Diese Entwicklungen deuten auf eine konzertierte Anstrengung hin, den Bauernkampf, die Agrarrevolution, die „erste Phase der Neuen Demokratischen Revolution", zu bekämpfen.

Kurze Zeit später führten Studenten und Aktivisten der Revolutionären Volksstudentenbewegung (MEPR) Agitations- und Propagandaaktivitäten für die Agrarrevolution auf dem Hauptcampus der ***Universität von Rio de Janeiro*** (UERJ) durch. Es wurden Flugblätter verteilt und Reden gehalten, die das Interesse der Massen weckten. Die Veranstaltung endete mit einem riesigen, über zwanzig Meter langen Banner, das vom zwölften Stock des Hauptgebäudes aus entrollt wurde.

In ***Barra do Jucu, Vila Velha***, im Bundesstaat Espírito Santo, kam es am 12. Dezember zu einem Zwangsräumungsversuch. Die Situation eskalierte, als mehrere Polizeiautos am Ort des Geschehens eintrafen, begleitet von einem Traktor des Rathauses, mit dem ein Haus in der Straße abgerissen werden sollte. Auch eine Rampe, die die einzige Zufahrt zu der Garage ist, sollte abgerissen werden. Die Polizei begann mit dem Abriss des Wohnhauses, ohne einen Räumungsbefehl vorzulegen. Als Reaktion auf den Zwangsräumungsversuch errichtete eine Gruppe empörter Anwohner eine Barrikade, um den Versuch zu verhindern. Sie zündeten Materialien an und verteidigten ihr Recht, in ihren Häusern zu bleiben.

Der Kampf gegen die sechs-Tage-Arbeitswoche, über den wir in vorigen Ausgabe berichteten, dauert an. In ***Recife*** verteilte das Unterstützungskomitee von A Nova Democracia in nur zwei Tagen mehr als 2.000 Flugblätter an Arbeiter. Diese Flugblätter rufen zu Aktionen für die Abschaffung der sechs-Tage-Arbeitswoche auf.



Ebenfalls in Recife, kämpfen die Anwohner des Viertels ***Santo Amaro*** für die Verteidigung des Campo do Barro. Dies ist ein Ort, an dem sich Nachbarn zu Sport- und Freizeitaktivitäten treffen. Dieser Platz wurde von der Bewegung der Arbeiter ohne Obdach besetzt, weil – obwohl es in der Nachbarschaft andere verfügbare Grundstücke gibt – Immobilienfirmen gemeinsam mit der Stadtverwaltung beschlossen haben, genau dort einen Wohnkomplex zu bauen, was zur Zerstörung des Platzes führen würde. Die Anwohner demonstrierten zwei Mal im Dezember gegen diesen Bau. Bei der letzten Demonstration wurden Reifen angezündet und Barrikaden errichtet, um der Forderung, dass das Campo do Barro als Raum für die Nachbarn respektiert und erhalten wird, Nachdruck zu verleihen.

In Goiâna gingen kürzlich vorwiegend erwachsene Schüler auf die Straße, um gegen die Schließung von 56 Schulen für Jugendliche und Erwachsene zu protestieren. Die Schüler dieser Schulen sind in der Regel Erwachsene, die abends zum Unterricht gehen, was ihnen ermöglicht, den Unterricht mit einem Berufsleben zu vereinbaren. Diese Schulen sollen im Zuge der geplanten Budgetkürzungen geschlossen werden. Darüber hinaus mussten die Lehrer bereits Gehaltskürzungen hinnehmen und andere Arbeiter, wie etwa Reinigungskräfte, erhalten nicht einmal den Mindestlohn.

Am 19. Dezember, veranstalteten Familien, die kürzlich gewaltsam aus der Besetzung Anyky Lima vertrieben wurden, eine Versammlung vor dem Gericht von Rio de Janeiro, wo deren Fall verhandelt wird.

Es handelt sich dabei um ein Haus für obdachlose Arbeiter. Außerdem habe der Ort eine Solidaritätsküche und sei im Begriff, einen gemeinschaftlichen Obstgarten anzulegen, was durch die Räumung unterbrochen worden sei. Eines der Hauptanliegen des Protest war die Forderung nach Herausgabe der persönlichen Besitztümer, die von der Polizei nach der Besetzung gestohlen wurden, u.a. Kleidung

und Medikamente, die sich nun in einem Lager des Rathauses befanden. Dieser Forderung wurde durch die Behörden durch den Druck der Massen nachgegeben. Die Organisatoren von Anyky Lima bittet alle, die die vertriebenen Bewohner unterstützen möchten, eine Spende in beliebiger Höhe über „PIX" zu leisten mit conta.fist@hotmail.com als Empfänger.

In der Nacht des 19. Dezember wurde die Führerin, Iracema Correia dos Santos, in ihrem eigenen Haus in Faxinal do Bom Retiro, Gemeinde Pinhão, Paraná, erschossen. Sie war eine Anführerin des Volkes, insbesondere eine Anführerin, die in den Kampf um Land in Faxinal engagiert war. Im Jahr 2005 schloss sie sich den armen und landlosen Bauern an, trat der Articulação dos Povos Faxinalenses (APF) bei und arbeitete mit mehreren Kollektiven. Ihr Tod soll laut den „Ermittlung" der Polizei angeblich Teil eines Raubüberfalls sein. Allerdings erhielt Dona Iracema schon vor 18 Jahren aufgrund ihre Engagements Drohungen. Außerdem war sie ständigen Schikanen durch die Schläger des Holzkonzerns Zattar ausgesetzt. Dieser Mord zeigt die zunehmende Verschärfung des Widerspruchs zwischen Landräubern, Großgrundbesitzern und Großunternehmen auf der einen Seite und dem Volk in Faxinal, den armen Bauern, auf der anderen Seite. In Faxinal kämpfen Familien seit Jahrzehnten um ihr Land und leben mit der gegen sie gerichteten Gewalt und ständigen Morden.

Zuletzt wurden von Universo Online Berichte veröffentlicht, die zeigen, dass im Jahr 2023 in Brasilien 6.393 Menschen durch die Polizei ermordet wurden. Im Vergleich: die Polizei des Yankee-Imperialismus, eine der kriminellsten und mörderischsten, tötete im Jahr 2023 1.164 Menschen, fast sechsmal weniger als in Brasilien, obwohl in den USA etwa 50 Prozent mehr Menschen leben. Auch zeigt die Untersuchung den rassistischen Charakter der Polizei: 82,7 % der von der brasilianischen Polizei ermordeten Menschen sind Schwarze. Die Polizei in Brasilien ist nach Bundesstaaten organisiert, aber die Regierung Lula verschlimmert die Situation zusätzlich. So wird beispielsweise der Verfassungsänderungsvorschlag zur öffentlichen Sicherheit die Polizeigewalt verstärken, ebenso wie die Investitionen in Polizeibehörden und deren Aufrüstung.

Eine Umfrage von Datafolha (das Umfrageinstitut des zweitgrößten Medienkonglomerats Brasiliens, der Folha Gruppe)vom Dezember dieses Jahres zeigt zudem eine sinkende Stabilität der Zentralregierung. Seit den Umfragen aus dem Vorjahr sind die negative Bewertung der Regierung durch die Befragten deutlich angestiegen. Diese Zahlen sind außerdem um ein vielfaches höher als zur ersten und zweiten Amtszeit von Luiz Inácio da Silva. Gründe dafür sind u.a. aufgrund der anhaltenden Krise begrenzter Spielraum für Täuschungsmanöver und „Wohlfahrtspolitiken". Die Volksmassen in Brasilien haben wiederholt Erfahrungen mit der Wahlfarce der alten bürgerlichen Demokratie und mit der betrügerischen Sozialdemokratie gesammelt, haben tausend Versprechungen gehört und nur Krümel erhalten, sind zunehmend frustriert und desillusioniert von dieser ganzen alten, verfaulten Ordnung, und ihr Bewusstsein wird zwar spontan, aber mit einer hohen Explosivität geschärft. Die Tendenz zum Sturz der opportunistischen Regierung zeigt ihre Niederlage. Ihr Bankrott ist auch der Bankrott dieses Zyklus der alten bürgerlichen Demokratie, so die Genossen in Brasilien.

Dieses Szenario sollte progressive Menschen aber keineswegs abschrecken, sondern sie zur Unterstützung der brasilianischen Revolution mobilisieren – dort wo die Reaktion tatsächlich bekämpft und besiegt wird. Die Agrarrevolution, die Grundlage und erste Phase der neudemokratischen Revolution, ist die Hoffnung der Volksmassen in den Städten und auf dem Land. Dies – und nicht Wehklagen – ist die Tagesordnung für Demokraten und Revolutionäre. •

VOLKSWAGEN:
MEHR AUSBEUTUNG, MEHR PARASITISMUS

Die IG Metall hat den Arbeitern bei VW eine unangenehme Bescherung kurz vor Weihnachten bereitet. Die erwartete Kapitulation wurde am Abend des 20. Dezember nach über 70 Stunden Verhandlungen bekannt gegeben, kurz vor dem Wochenende und den Weihnachtsferien. An den nur zwei Warnstreiktagen (wobei es nicht wirklich Tage, sondern lediglich Schichten waren, die in Streik traten) hatten jeweils rund 100.000 Arbeiter ihre Bereitschaft zum Kämpfen gezeigt. Die Gewerkschaft aber hatte ihre Kapitulation bereits angekündigt. Unter anderem hatte die Gewerkschaftsführung Geschenke an die Bosse von rund 1,5 Milliarden Euro angeboten.

Zum Ergebnis:

Die Verbindung zum Flächentarifvertrag wird faktisch gelöst zumindest für die kommenden Jahre, auch wenn die IG Metall etwas anderes behauptet. Das schlechte Tarifergebnis für die Metall- und Elektroindustrie aus dem November 2024 wird bei Volkswagen nämlich „ausgesetzt". Diese Einsparungen sollen nun helfen, mit „Personalüberhängen umzugehen", mit „flexiblen Arbeitszeitabsenkungen" und erweiterter Altersteilzeit, heißt weniger Lohn und Rauswürfe auf Raten. Anstatt Lohnerhöhungen oder sonstigen Verbesserungen (einzige Ausnahme ist der Auszubildenenlohn) gibt es dank der IG Metall mehr Geld für die Kapitalisten.

Eine genaue Umkehr der richtigen und wichtigen Forderung **„Die Kapitalisten müssen für ihre Krise bezahlen"**. Im Jahr 2031 darf sich die verbleibende VW-Belegschaft dann über die mageren 5% aus 2024 freuen. Das ist sieben Jahre später und bis dahin wird es absehbar keinerlei Gehaltserhöhungen für die Arbeiter bei VW geben – bedenkt man die Inflation also in der Tat weniger Geld für die Arbeiter (bei 2% Inflation - nach heutigem Maßstab eine sehr niedrige Inflation - sind das deutlich mehr als 100 Euro je 1.000 Euro Lohn). In den dann folgenden Tarifverhandlungen wird das Argument „ihr bekommt doch 5%, warum sollten wir euch mehr geben?" von den Bossen angeführt werden um Forderungen nach Lohnerhöhungen entgegen zu treten.

Es gibt aber auch ganz direkte Lohnkürzungen: Für die Jahre 2026 und 2027 wird die sogenannte „Mai-Zahlung" (eine Bonusauszahlung an die Arbeiter als Beteiligung am Konzernergebnis; VW macht trotz allem Milliardengewinne) gestrichen. In den folgenden Jahren soll sie dann nur reduziert ausgezahlt werden. Auch beim Tarif Plus-Bonus gibt es drastische Kürzungen. Das bisher gezahlte Urlaubsentgelt (rund 1.300 Euro) entfällt komplett. In einigen Jahren soll ein Bonus nur für IG Metall-Mitglieder eingeführt werden. Eine Frechheit für all diejenigen, die sich gerechtfertigter Weise von der gelben Gewerkschaft abgewendet haben und ein offenbar nötiges Zwangsrekrutierungs-

instrument der IG Metall. Die Jubiläumsgratifikationen wurden ebenso „angepasst", also reduziert. Insgesamt gibt es mindestens einige tausend Euro weniger pro Arbeiter pro Jahr. Zudem müssen die Arbeiter mit HTV I (ein älterer Haustarifvertrag) künftig eine bis zwei Stunden pro Woche mehr arbeiten. Unbezahlte Mehrarbeit ist eine Lohnkürzung.

Bis 2030 sind in Deutschland 35.000 Entlassungen geplant: Der Abbau der Stellen soll angeblich „sozialverträglich" erfolgen, wird versichert. Das bedeutet, die Stammbelegschaften werden weitgehend von unmittelbaren Rauswürfen verschont bleiben. Leih- und Zeitarbeiter werden betroffen sein, wie etwa die über 300 Zeitarbeiter im VW-Werk Emden, die zum 1. Januar entlassen werden. Über die Pläne der VW-Bosse, die Zuschläge für Leiharbeiter zu streichen, schweigen sowohl die IG Metall als auch die Konzernführung. Die Produktionskapazität an den deutschen Standorten wird durch die Entlassungen und dergleichen mehr insgesamt um rund 735.000 Fahrzeuge reduziert. Insgesamt rechnet der Volkswagenkonzern mit rund 15 Milliarden Euro jährlichen Einsparungen, dank der IG Metall.

Das Verhandlungsergebnis bedeutet also **eine drastische Verschärfung der Ausbeutung für einen zentralen Teil der deutschen Arbeiterklasse.** Mindestens 1,5 Milliarden Euro „Arbeitskosten" werden eingespart. Betroffen sind nicht nur die gutbezahlten Stammarbeiter der höheren Schichten der Arbeiterklasse, oder der Arbeiteraristokratie, die in die mittleren Schichten zurückgeworfen werden, sondern auch die unteren Schichten (insbesondere Zeit- und Leiharbeiter) unserer Klasse.

Die jetzt getroffene Vereinbarung wird auch für zukünftige Auseinandersetzungen in anderen Bereichen der sich in Depression befindenden deutschen Wirtschaft (z.B. in der Stahl- und Chemieindustrie) beispielhaft sein.

Dieser Umstand könnte günstig für die SPD werden. Bei einer künftigen eventuellen Regierungsbeteiligung hätte die SPD die Möglichkeit sich als Retter der deutschen Arbeiter darzustellen, wenn mit umfangreichen Investitionen (nach dem Ende bzw. einer Reform der Schuldenbremse) ein großer Ausbau der Staatskapitalismus gestartet wird. Wahrscheinlich war noch-Kanzler Scholz darum so froh über den Abschluss. Sogar der modische Weißwurstfürst von Bayern, Söder, habe sich plötzlich in E-Autos verliebt, und stellt ein großes Förderprogramm in Aussicht, d.h. so oder so wird der deutsche Staat sein direktes Einwirken auf die angebliche „Marktwirtschaft" stärken. Ohne mehr Staatskapitalismus geht es nicht für das Finanzkapital.

Die einzige wirkliche Erfolgsmeldung, die die IG Metall meinte verkünden zu können war: „Werksschließungen sind vom Tisch." Aber dem ist gar nicht so. Die Fahrzeugfertigung in Dresden endet 2025, danach soll angeblich irgendeine Art von Beschäftigung an gleicher Stelle weiter bestehen. Ob das für die Fließbandarbeiter gilt, die Jahre oder Jahrzehnte lang wenige Handgriffe verinnerlicht haben erscheint ungewiss. Im Werk in Osnabrück gibt es Produktionsplanungen nur bis Mitte 2027, die weitere Zukunft bleibt vorerst unklar. Das Werk in Wolfsburg verliert zwei von vier Produktionslinien – der Golf und Golf Variant werden künftig in Puebla, Mexiko, gefertigt.

Durch den letztgenannte Punkt, die Verlagerung der Golfproduktion, führt das Verhandlungsergebnis zu **mehr Parasitismus.** Das ist der zweite wesentliche Punkt dieser Entwicklung.

Lenin, der die marxistische Lehre über das imperialistische Stadium des Kapitalismus ausarbeitete, lehrt uns:

> ***Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf. ... Der Rentnerstaat ist der Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus, und dieser Umstand muß sich unbedingt in allen sozialpolitischen Verhältnissen der betreffenden Länder im allgemeinen wie auch in den zwei Hauptströmungen der Arbeiterbewegung im besonderen widerspiegeln.***

Aber die Frage des Parasitismus hat nicht nur direkte Auswirkungen auf das Bewusstsein der Arbeiter in Deutschland, auf den Klassenkampf, auf den Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus hier im Land, sondern natürlich auch auf diejenigen Länder, in die das Kapital exportiert wird und an anderen Blut und Schweiß der deutsche Imperialismus parasitiert. Dazu mehr auf der folgenden Seite. •

VOLKSWAGEN DO BRASIL:
SKLAVEREI - FOLTER - TERROR

Um zu verdeutlichen, was der VW-Kapitalexport in der Tat in den Ländern bedeutet, in welche das Kapital exportiert wird, wollen wir kurz die Geschichte von Volkswagen in Brasilien in Erinnerung rufen:

„Volkswagen do Brasil Indústria de Veículos Automotores Ltda." ist eine Tochtergesellschaft des Volkswagen-Konzerns, die 1953 in Brasilien gegründet wurde. Brasilien war und ist eine der wichtigsten Produktionsstätten des Unternehmens. VW do Brasil betreibt heute vier Fertigungsstätten in Brasilien: In Anchieta, São Bernardo do Campo, in einem Vorort von São Paulo, circa 16.000 Arbeiter und Angestellte sind dort beschäftigt; in São Carlos, im Staat São Paulo, schuften 500 Arbeiter im Motorenbau; in Taubaté, ebenfalls in São Paulo, arbeiten rund 4.000; in São José dos Pinhais, in den Außenbezirken von Curitiba produzieren etwa 3.600 Arbeiter Autos.

Zur Zeit des Militärregimes von 1964 bis 1985 hat Volkswagen – wichtig hierbei ist im Kopf zu haben, dass VW zum Teil ein Staatsunternehmen war und ist – Arbeiter und Gewerkschafter observiert und die erhobenen Daten an die Militärs weitergegeben. Der bloße Verdacht, es könnte sich um gewerkschaftlich oder kommunistisch organisierte Arbeiter handeln, reichte aus, um sie der Militärjunta auszuliefern. Hunderte von oppositionellen Arbeitern wurden danach in Foltergefängnissen misshandelt und umgebracht.

Der VW-Werkschutz hat Arbeiter auch außerhalb des Unternehmensgeländes politisch verfolgt und bespitzelt. Der Werkschutz von Volkswagen selbst nahm Arbeiter fest und hielt sie bis zur Übergabe an die Politische Polizei im hauseigenen Gefängnis gefangen. Auch Folter durch die Militärpolizei auf dem Werksgelände wurde durch Volkswagen ermöglicht. Personalvorstand und auch der Vorstandsvorsitzende von VW do Brasil waren darüber jederzeit informiert. Der damalige Vorstandschef in Wolfsburg wurde bereits 1979 persönlich informiert, unternahm aber nichts dagegen.

Nachdem in São Paulo 1959 ein neue VW-Werk eröffnet worden war, gehörte zu den ersten, die dort eingestellt wurden, Franz Paul Stangl. Dieser war u.a. SS-Hauptsturmführer und als solcher ab 1942 Lagerkommandanten der Vernichtungslager Sobibor und Treblinka. Später wurde er wegen gemeinschaftlichem Mord an mindestens 400.000 Personen verurteilt. Stangl war bis zum 28. Februar 1967, genau dem Tag, als der weltweit gesuchte Kriegsverbrecher in São Paulo verhaftet wurde, bei Volkswagen unter Vertrag.

Carl Horst Hahn, der vor knapp zwei Jahren verstorbene ehemaligen VW-Chef, meinte dazu lediglich, "*das die dort eingestellt werden, wenn die aus Deutschland kommen, das war, glaube ich, eine ganz normale Geschichte.*" Tatsächlich, ganz normal, denn auch damalige Volkswagen Vorstandschef Friedrich Wilhelm Schultz-Wenk war Mitglied der NSDAP.

Volkswagen organisierte auch Sklavenarbeit auf der Farm Cristalino im Amazonasbecken. VW betrieb dort einige Zeit eine 140.000 Hektar große Farm. Es sollte der Einstieg des Autobauers ins Fleischgeschäft werden. Hunderte Arbeiter wurden auf die Farm gebracht und dort versklavt - mit Wissen und Billigung von VW. Bei den Ermittlungen zur Volkswagen-Farm sind Ermittler auf die *„schlimmsten Umstände, die den Staatsanwälten im Bereich moderner Sklaverei je zur Kenntnis gelangt sind,*" gestoßen.

1979 besuchte eine Delegation von VW-Arbeitern aus São Paulo Wolfsburg. Auf einem Gewerkschaftskongress in der Stadthalle Wolfsburg berichteten die Arbeiter über die Situation vor Ort. Der VW-Vorstand wiegelte natürlich ab, aber auch die IG Metall rührte keinen Finger. Solidaritätsveranstaltungen oder Proteste von Seiten der IG Metall sind nicht bekannt. So bewies die gelbe Gewerkschaft erneut ihre Nibelungentreue zu Volkswagen und dem deutschen Imperialismus. •

EWIGER RUHM DEM VO

BILD DES MONATS

Am 3. Dezember 2024 war der **90. Geburtstag des Vorsitzenden Gonzalo** International und auch in Deutschland wurde er gefeiert. Es wurden dafür u.a. in Nord-, Süd-, West- und Ostdeutschland verschiedene Aktionen durchgeführt.

Quelle: DemVolkeDienen

ABTREIBUNGSRECHT UND WAHLKAMPF

Es war eine der medienwirksamsten Ankündigung, die die Ampelkoalition im Winter 2021 in ihrem Koalitionsvertrag schrieb: Der Paragraph 218, der im Strafgesetzbuch das Abtreibungsrecht betrifft, sollte überprüft und möglicherweise reformiert werden. Es wurde dazu eine Experten-Kommission gegründet, die diese Überprüfung durchführen sollten. Diese Kommission empfahl bereits im April diesen Jahres eine Reformierung des Paragraphen 218.

Bislang sind Abtreibungen in Deutschland lediglich unter Straffreiheit gestellt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese sind:

• Der Schwangerschaftsabbruch muss innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft stattfinden.

• Die Frau muss in einer anerkannten Beratungsstelle ein Gespräch führen und sich das dokumentieren lassen und kann dann einen Schwangerschaftsabbruch bei einem Arzt durchführen lassen.

Die 12-Wochen-Frist ist ausgenommen, wenn die Schwangerschaft durch eine Straftat, also eine Vergewaltigung, entstanden ist oder wenn das Leben der Frau in Gefahr ist. Trotz der eindeutigen Empfehlung, die de facto Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen abzuschaffen, unternahm die Ampelkoalition keine weiteren Schritte, um dies gesetzlich zu ändern.

Abtreibung wird Wahlkampfthema

Auf Grundlage der Empfehlung der Experten-Kommission wünschte sich Familienministerin Lisa Paus (Grüne) eine *„faktenbasierte Diskussion"* über das Thema, weitere Politiker, darunter auch Olaf Scholz, stimmten dem zu. Aber es passierte: Nichts. Jetzt hat sich die politische Lage in der BRD geändert. Über das Thema Abtreibung wurde nicht mehr gesprochen, bis Anfang Dezember 2024 eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten der SPD, Grünen und der Linken einen Gesetzesentwurf zur Reformierung in den Bundestag brachten und den noch vor den Neuwahlen durchbringen will. Ein aussichtsloses Vorhaben, hinter dem jedoch großes Kalkül steckt:

Die Frage der Reformierung des Paragraphen 218 wird Wahlkampfthema.

In der bürgerlichen Parteienwelt ist die Meinung zum Paragraphen 218 unterschiedlich. Während die SPD, die Grünen, das BSW, die Linke und die FDP für eine Reformierung sind, beharrt die die CDU darauf, dass die Rechtslage so bleibt, wie sie ist. Lediglich die AfD strebt an, den *„Schutz des ungeborenen Lebens"* in den Vordergrund zu stellen und diesen in den Pflicht-Beratungen in den Vordergrund zu stellen. Damit hat sie in der Frage unter den bekannten bürgerlichen Parteien ein Alleinstellungsmerkmal, welches für sie von Vorteil sein kann. Während in der vergangenen Zeit die AfD besonders Nichtwähler zur Wahl mobilisieren konnte, erscheint dieses Potential mittlerweile ausgeschöpft. Das liegt auch daran, dass in den letzten Jahren immer mehr andere große bürgerliche Parteien Positionen der AfD übernahmen, vor allem in der Frage von Abschiebungen und *„Sicherheitsmaßnahmen"*. Das macht die AfD vor allem für Wähler im Westen der BRD unattraktiv. Doch um eine entscheidende Rolle auf Bundesebene spielen zu können, sind diese Stimmen unerlässlich. Das bedeutet, dass die AfD sich umorientieren musste und jetzt bei Wählern anderer Parteien auf Stimmenfang geht. Denn letztlich geht es den bürgerlichen Parteien, die reine Wahlvereine sind, um nichts anderes als möglichst viele Stimmen.

Bereits bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen sah man, dass die meisten Wähler, die bis dahin eine andere Partei wählten und jetzt der AfD ihre Stimmen gaben, von der CDU kamen. Um diese Entwicklung weiter voranzutreiben, kann die Frage der Abtreibung eine bedeutende Rolle spielen. Denn: Innerhalb der CDU gibt es auch solche reaktionäre Kräfte, die der Meinung sind, dass die CDU *die christlichen Werte* nicht ausreichend repräsentiert. Das sind z.B. die Kräfte, die auf den sogenannten „Märschen für das Leben" demonstrieren und ein Verbot von Abtreibungen fordern.

Diese Menschen finden ihre Werte zur Familie eher in dem Wahlprogramm der AfD als in dem der CDU. Denn auch wenn die AfD nicht offen schreibt, dass sie gegen Abtreibungen sind, so ist doch die Aussage von Beatrix von Storch bei der Debatte zur

…istinnen des Roten Bund bei einer …ndemonstration zum …sch für das Leben", 2023 in Köln

Reformierung des Pragraphen 218 sehr deutlich: „Frauen können ja jetzt schon straffrei das Leben ihres ungeborenen Kindes beenden – ich persönlich finde das furchtbar".

Wie immer, wenn die AfD mit ihren erzreaktionären Standpunkten ins Feld zieht, geht durch bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise ein Aufschrei. Das war bereits bei den Fragen zur Abschiebepolitik so und passiert jetzt wieder bei der Abtreibungsfrage.

Natürlich ist die Forderung nach einer Erschwerung oder gar einem Verbot von Abtreibung erzreaktionär und zutiefst patriarchal. Aber zu schreien, dass diese Forderung faschistisch sei, ist einfach faktisch falsch. Doch interessanter ist die Schlussfolgerung der verschiedenen opportunistischen und revisionistischen Kräfte, die auf die Forderung der AfD folgt.

Denn für diese Kräfte folgt aus der vermeintlichen faschistischen Gefahr, dass man diese und somit die AfD bekämpfen muss. Aber nicht durch Klassenkampf, sondern indem man den anderen Parteien, den „linkeren" Parteien, die für eine Legalisierung der Abtreibung sind, seine Stimme bei der nächsten Bundestagswahl geben soll. Und da sind es besonders die Grünen, die auch in der vergangenen Ampelkoalition gerne die Rolle als angebliche Linke spielten und für eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sind.

Schulterschluss mit dem deutschen Imperialismus

Diese angeblich „linken" Parteien haben vor allem ein Ziel, nämlich den deutschen Imperialismus mächtiger zu machen und das mit allen Mitteln. Zu diesen Mitteln zählt vor allem Krieg, sie sind also Kriegstreiber, insbesondere die Grünen schäumen über vor Kriegsgelüsten im Osten. Und diesen Kriegstreibern soll man jetzt seine Stimme geben, weil sie für eine Legalisierung von Abtreibung sind?

Der imperialistisch chauvinistische Charakter des bürgerlichen Feminismus zeigt sich an diesem Beispiel besonders deutlich. Vergessen ist das Leid abertausender palästinensischer Frauen, die tagtäglich von den israelischen Besatzern vertrieben, vergewaltigt und ermordet werden. Unterstützt vom deutschen Imperialismus, seinen Waffen und seiner Staatsräson.

Vergessen ist das Leid der afghanischen Frauen, die unter der Besatzung auch durch deutsche Soldaten litten. Ebenso das Leid der Frauen in Mali, wo ebenso deutsche Soldaten stationiert waren.

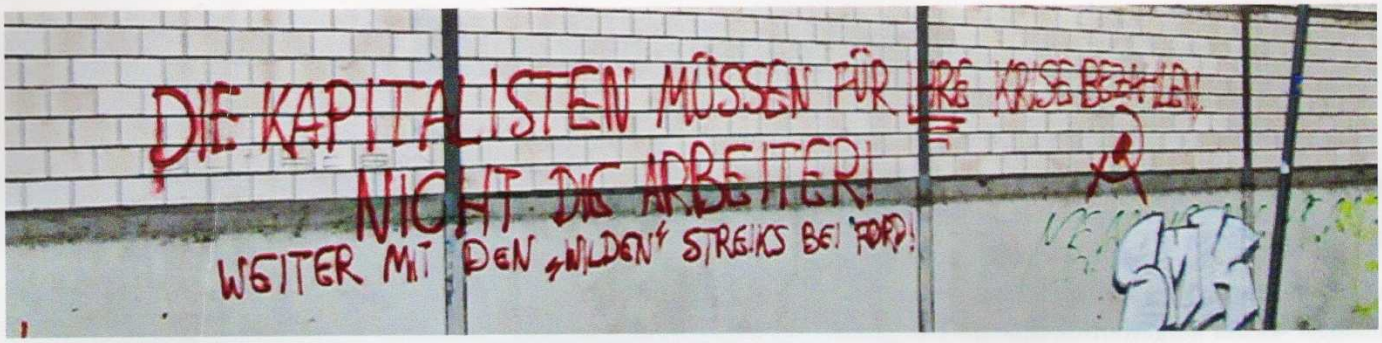
Wer fordert, dass wir zur Verteidigung der Rechte der deutschen Frauen auf Abtreibung das Leid von Millionen von Frauen in den unterdrückten Ländern ignorieren sollen, schließt die Reihen mit dem deutschen Imperialismus und das hat nichts mit dem Kampf gegen den Faschismus zu tun. •

ZUR SITUATION BEI FORD UND THYSSENKRUPP

Nordrhein-Westfalen war und ist ein wichtiges industrielles Zentrum Deutschlands. Die Region ist stark von der Industrie geprägt und in diesem Sinne auch die Existenzen der Menschen, die hier leben. Auch heute noch haben viele Menschen Jobs in der Industrie, was ihre Lebensgrundlage ausmacht. Vielen von ihnen droht aber nun, dass sie diese Lebensgrundlage verlieren, denn die aktuelle Krise in der BRD hat das Ausmaß einer Depression und die Kapitalisten versuchen die Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Was ihnen bei Volkswagen gelang und entsprechend auch andern Orts versucht werden wird. Davon betroffenen sind u.a. die Ford Werke in Köln Niehl. Ein Recht großer Teil des Betriebes soll geschlossen werden. Als Teil der Sparpläne von Ford sollen etwa 4.000 Stellen in Europa gestrichen werden. Am härtesten davon betroffen ist das Werk in Köln. Hier sollen ganze 2.900 Arbeitsplätze gestrichen werden.

Der *„Abbau der Arbeitsplätze"* ist bereits im vollen Gange und wird umgesetzt. Ein perfides Mittel, welches die Kapitalisten einsetzen, bevor sie überhaupt in die unangenehme Lage kommen all die Arbeiter direkt entlassen „zu müssen", ist Kurzarbeit. Einem Großteil der Belegschaft wurde dies bereits zwangsweise verordnet. Bis Weihnachten wird dort im Wechsel jeweils eine Woche gearbeitet und in einer die Produktion ausgesetzt. Diese durch die Arbeiter ungewollte Reduzierung der Arbeitszeit merken auf jeden Fall einige der Kollegen bereits in ihrem Geldbeutel.

Das Vorgehen der Bosse ist unverschämt, denn auch wenn die hohen Tiere bei Ford immer wieder darüber weinen, wie *schlecht die wirtschaftliche Lage doch sei*, betrug der Umsatz von Ford im Jahr 2023 ganze 176,2 Milliarden Euro. Die Unternehmer stopfen sich weiter die Taschen voll, und zwar auf unsere Kosten! Auf Kosten der Arbeiter und auf Kosten aller Bürger, denn Ford wurde in Vergangenheit vom deutschen Staat mit massiven Summen subventioniert. Allein im Bereich der Elektromobilität erhielt die Automobilindustrie bis zum Wegfall der Elektroförderung im Dezember 2023 jeden Tag im Schnitt rund 5,6 Millionen Euro staatliche Fördermittel.



Ähnlich wie bei Ford sieht die Lage auch bei Thyssenkrupp aus. Dort sollen ebenfalls massiv Arbeiter rausgeschmissen werden. Insgesamt 11.000 möchte das Unternehmen kündigen und einen Standort schließen. Auch Thyssenkrupp erhielt in der Vergangenheit viel Geld vom Staat. So wurde im Juli 2023 beschlossen, dass Thyssenkrupp vom deutschen Staat etwa zwei Milliarden Euro Fördergelder für sogenannten „Grünen Stahl" erhält. Trotzdem will das Unternehmen einfach so Tausende Arbeiter auf die Straße setzen. Im Dezember letzten Jahres wurden dann weitere Förderungen für Thysenkrupp angekündigt. Man kann allerdings nicht sagen, dass die durch Steuergelder finanzierten Spenden nicht ihren Weg zu Thyssenkrupp gefunden hätten. Das haben sie definitiv - in die Taschen der Bosse! Der Staat zahlt und die Ausbeutung wird trotzdem verschärft und Arbeiter werden entlassen. Das zeigt wie wenig Handlungsspielraum durch die Schuldenbremse für die Herrschenden in dieser Hinsicht besteht.

Im Dezember sorgte der Pate von Hamburg, Gangsterkanzler Olaf Scholz, mit einem Besuch im Ford Werk Köln Niehl für Aufmerksamkeit. Er besuchte eine Betriebsversammlung und sprach zu der Belegschaft, um schon mal Werbung für den kommenden Wahlkampf zu machen. Es gab inhaltsleere Durchhalteparole: *„Es muss eine gute Perspektive geben – eine Perspektive, die auch für die Frauen und Männer gut ist, die hier anpacken und ihr Leben auch mit der Produktion von Fahrzeugen von Ford in Köln verbunden haben."*

Laut Scholz geht es darum, *„dass trotz schwieriger werdender Zeiten alle zusammenstehen und zusammenhalten, dass Sozialpartnerschaft das Modell ist, wie man die Zukunft gemeinsam gewinnt, also nicht gegeneinander, sondern miteinander."* Offensichtlich sitzen wir aber nicht alle im selben Boot. Es gibt die Bosse, deren Boot eine Luxusyacht ist und Ausgebeutete, die Boote nur vom Anschauen her kennen. Offensichtlich gehört Herr Scholz zur ersten Kategorie. Sein erbärmlicher Auftritt zum Vorwahlkampf wurde währenddessen folgerichtig von Kollegen mit den Worten ***„Olaf, ohne Wahl wär'n wir dir egal!"*** lautstark kommentiert.

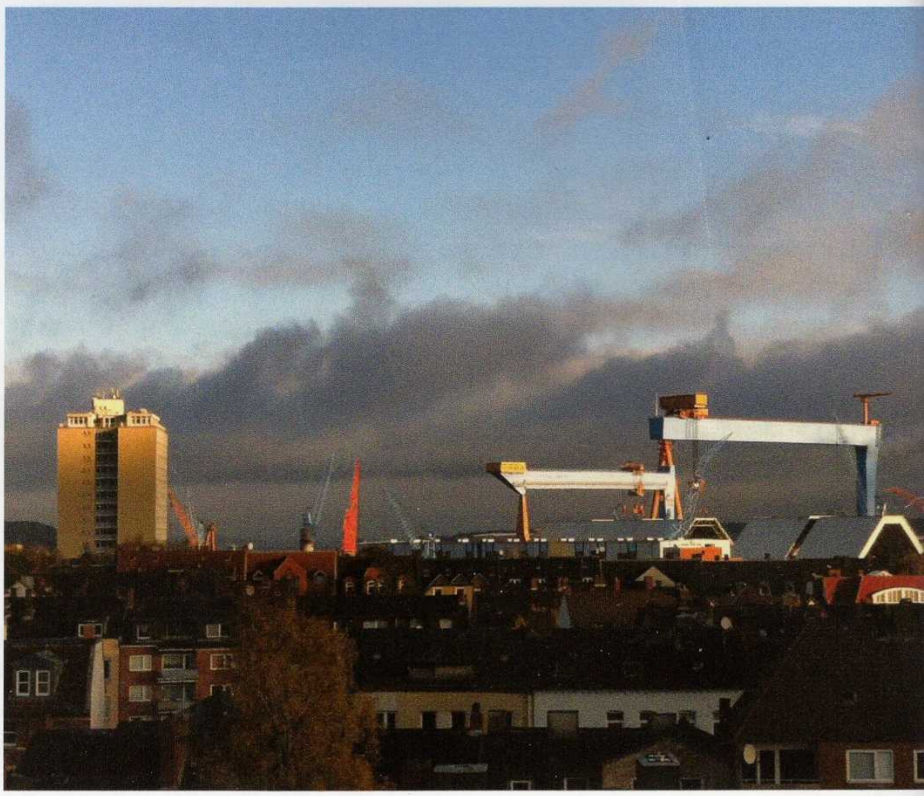
„Olaf" ist aber nicht der Einzige, der mit dem Jobverlust von Menschen seine Wahlkampfchancen wittert. Man findet solche manchmal auch bei Protesten und Kundgebungen vor den Werkstoren. Eine solche Gruppe von Leuten ist die MLPD.

So machten die Vertreter der MLPD die geplanten Stellenstreichungen bereits im Juni bei ihren Dauerwahlkampfveranstaltungen zum Thema und waren in den letzten Monaten in diversen Gewerkschaftsdemonstrationen zu sehen, während sie Unterschriften für ihre Wahlzulassung unter den Arbeitern sammelten. Der grundsätzlich begrüßenswerte Ansatz, die geplanten Anti-Arbeiter-Maßnahmen zu denunzieren verwandelt sich bei und durch die MLPD jedoch leider in etwas durchaus Negatives.

Anstatt die gerechtfertigte Rebellion voranzutreiben, versucht die MLPD die Wut der Menschen zu den Wahlurnen und damit in systemkonforme Bahnen zu lenken. Dabei ist es doch gerade dieses ungerechte System, welches dafür sorgt, dass reiche Menschen mit unserer Hände Arbeit und mit unseren Leben ihren Reichtum vermehren können! Dagegen aber will die MLPD nicht ernsthaft kämpfen (das tut sie nie, sondern ruft lieber die Polizei oder ihr Anwaltsbüro), sondern wählen, genuaer sich wählen lassen.

Laut der MLPD ist das Wesentlichste im gegenwärtigen Moment der Entwicklung des Klassenkampfes, dass wir unsere Stimme bei den Wahlen für sie abgeben und andere Leute dazu auffordern dies ebenfalls zu tun. Aber - Hand aufs Herz - MLPD wählen, damit sich *„dieses Mal wirklich etwas ändert"* – das ist wie saufen, um nicht zu ertrinken. •

GAARDEN REBELLIERT



Gaarden-Ost ist einer der Stadtteile der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt. Auch wenn Ellerbek und Laboe durch die unlängst wieder aufgewärmte Spiegel-TV Doku „Youth Wars" bundesweit wohl weit bekannter sein dürften ist der im Osten der Stadt gelegene Stadtteil Nr. 12 durchaus bemerkenswert. Dort gab und gibt das vor allem Werften. Heute werden bei ThyssenKrupp Marine Systems, früher HDW, vorallem U-Boote und Fregatten gebaut. Das Leben in Gaarden war und ist mit den Werften verknüpft. Das Auf und Ab der Werftindustrie beeinflusste diesen Stadtteil wie keinen anderen. Die Anfang der 1980er Jahre einsetzende Werftenkrise in Deutschland traf Gaarden hart. Von ca. 12.000 Werftarbeitern sind heute nur noch etwas mehr als 3.000 übrig.

Gaarden ist entsprechend seiner Industrietradition von Einwanderung geprägt. Mehr als die Hälfte der Gaardener haben ihre Wurzeln nicht in Deutschland, was immer wieder zum Anlass genommen wird um die Arbeiterklasse in einheimische und ausländische Arbeiter zu spalten. Obwohl Gaarden immer wieder schlecht geredet wird und den Stempel „sozialer Brennpunkt" verpasst bekam, ist es hier doch immer schwieriger geworden, eine günstige Wohnung zu finden. Das liegt vor allem auch daran, dass die ehemals stadteigenen Sozialwohnungen an das Wohnungsunternehmen Vonovia verscherbelt wurden. Damit endete die Mietpreisbindung und somit gibt es nun jährliche Mieterhöhungen. Die Wirtschaftskrise, die heute Deutschland erschüttert, traf Garden früh und hart. Schon im Jahr 2018 erhielten rund 64 Prozent der Gaardener Sozialleistungen. Der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer hat seit dem das Konzept „Gaarden hoch zehn" gestartet. Es ist bis heute „Chefsache" im Rathaus. Trotzdem ist es alles andere als eine Erfolgsgeschichte: Eine wachsende offene Drogenszene, Wohnungsnot und Müllprobleme bestimmten den Stadtteil. Der soziale Wohnungsbau hat kontinuierlich abgenommen. Dazu kommen die Rekordschulden im städtischen Haushalt, welche den Handlungsspielraum für Wohlfahrtsgeschenke an die Gaardner erheblich einschränken.

Entsprechend ist hier ein Ort wo Rebellion entsteht. Daran wird auch die „Sicherheitspartnerschaft" zwischen dem Innenministerium, der Landeshauptstadt Kiel und der Kieler Polizeidirektion für die „Verbesserung der Sicherheit in Kiel-Gaarden", die seit Mitte 2024 besteht, nicht viel ändern. Vor allem mit einem Ausbau der Stellen des Kommunalen Ordnungsdiensts, sowie einer engeren Zusammenarbeit von Polizei, der Stadtverwaltung und sozialen Einrichtungen soll gegen die unliebsamen Gaardener vorgegangen werden.

Trotz alledem: In der zurückliegenden Silvesternacht dauerte es rund eine Stunde bis auf einen Notruf wegen eines Herzinfarkts reagiert wurde. Es kam allerdings nicht ein Krankenwagen, es kam kein Notarzt oder sonst jemand zu Hilfe, sondern es kam die Polizei. Die den andauernden Schikanen ausgesetzten Hausbewohner beschwerten sich entsprechend. Sie wollten keine Polizei, sie wollten nur einen Arzt. Etwa 70 bis 80 Menschen machten dieses Anliegen den vor Ort befindlichen Polizisten deutlich. Diese waren mit der Situation offenbar überfordert und riefen Verstärkung. Schließlich gelang es sieben Streifenwagenbesatzungen und zwei Einsatzgruppen mit Hilfe von Kampfhunden und Pfefferspray die Situation unter Kontrolle zu bringen. Ein denkbar schlechter Beginn für die Kieler Repressionsorgane, möchte man meinen. •

ARMUT IN DER STADT

Leipzig ist einzigartig: *Hier trifft Tradition auf Dynamik, ursächsische Gemütlichkeit auf High-tech-Business, klassische Kultur auf Avantgarde. Bei uns erleben Sie eine weltoffene Atmosphäre und viel Raum für Kreativität und neue Ideen.* – so präsentiert sich die Stadt Leipzig gerne selbst.

Doch: immer mehr Leipziger habe inzwischen das Problem, überhaupt noch eine bezahlbare und geeignete Wohnung zu finden. Immer mehr Leipziger bekommen eine Mieterhöhung verpasst, die das sowieso schon knappe Haushaltsbudget zusätzlich belastet. Dies geht oft genug einher mit einer parallelen Erhöhung der Nebenkosten.

Das geht gerade bei vielen Leipziger Gering- und Normalverdienern an die Substanz, weil ihre Einkommen mit dieser Mietentwicklung nicht mithalten können. Knapp die Hälfte aller Leipziger sehen in der Wohnungsfrage heute ein ernsthaftes Problem.

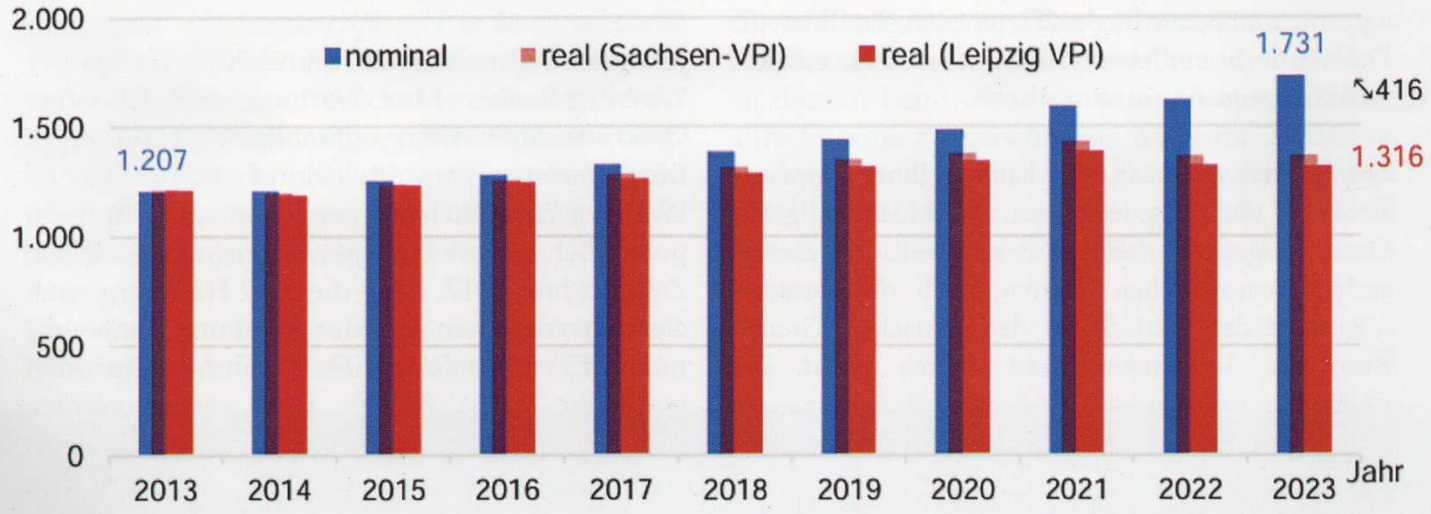
Armut und zu geringes Einkommen sind seit 2019 mit dem Beginn der ökonomischen Krise des deutschen Imperialismus, die heute das Ausmaß einer Depression angenommen hat, deutlich in den Vordergrund gerückt.

Viele Haushalte, die zuvor ganz gut mit ihrem auf zu geringen Einkommen zurecht kamen, haben seitdem erfahren, dass steigende Preise ihnen heftiger zusetzen und das Geld für viele lebenswichtige Dinge eben nicht mehr reicht.

Ein Vergleich von Mieten und Einkommensentwicklung zeigt, wie sich das gerade bei Miete und Wohnen auswirkt: Denn ganz offensichtlich hat die Mietpreisentwicklung in den letzten Jahren die Einkommenszuwächse in vielen Haushalten aufgefressen. Die Grafik zeigt hier das tatsächlich gestiegene nominale Personennettoeinkommen – statistisch betrachtet haben alle Sachsen und Leipziger mehr Geld im Portemonnaie.

Aber parallel dazu haben die steigenden Preise und Mieten, die formal höheren Löhne und Gehälter nicht nur aufgefressen, sondern dafür gesorgt, dass die Sachsen und die Leipziger nicht nur gefühlt weniger Geld zur Verfügung haben. Das reale Personennettoeinkommen in Leipzig lag 2023 um satte 416 Euro unter dem nominalen. Die Leipziger konnten sich entsprechend trotz gestiegener Einkommen nicht mehr leisten als vor fünf Jahren. •

twicklung des nominalen und des realen persönlichen monatlichen Nettoein-mmens



pzig-spezifischer Verbraucherpreisindex (Leipzig-VPI): Beim Leipzig-VPI wurde die Preisentwicklung der sächsi-en Nettokaltmiete (gem. Sonderauswertung für Sachsen) durch die Entwicklung der Mietpreise in Leipzig (Netto-miete) ersetzt. Grund für die Berechnung eines Leipzig-spezifischen VPI ist die unterschiedliche Preisentwicklung Wohnungsmieten in Leipzig und dem übrigen Sachsen.

t für Statistik und Wahlen Leipzig

CUM-EX LÄUFT WEITER, DIE AUFKLÄRUNG NICHT

Die ehemalige Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker war mehr als ein Jahrzehnt lang verantwortlich für die juristische Aufarbeitung des Steuerskandals Cum-Ex. Sie gab angesichts des Dickichts des Verschwörung von bürgerlichen Politikern und Finanzwelt auf. Ihr direkter Vorgesetzter bezeichnete ihre Ermittlungen als *„inhaltlich unzulänglich"* – ein Vorwurf, der offensichtlich im Widerspruch zu ihrer Bilanz stand und schließlich zu ihrem Rückzug aus dem Staatsdienst beitrug. Heute ist sie Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende, wo sie sich für Transparenz im Finanzsystem engagiert.

Nun erklärte Brorhilker, dass diese Form des Steuerbetrugs noch lange nicht vorbei sei: Cum-Ex läuft weiter – auch nach der Gesetzesänderung von 2012. *„Wir haben ein Kontrolldefizit, egal, welche Regeln wir aufstellen. Und die kriminelle Energie der Branche versiegt nicht."*

Die so genannten Cum-Ex-Geschäfte, die zwischen 2006 und 2011 ihren Höhepunkt erreichten, basierten auf einem ausgeklügelten System aus Aktiengeschäften rund um den Dividendenstichtag. Banken und Finanzkapitalisten täuschten Steuerzahlungen vor und erhielten so Rückerstattungen, die ihnen nicht zustanden.

Der Schaden: mindestens zehn Milliarden Euro. Eine Gesetzesänderung im Jahr 2012 sollte diese Praktiken eigentlich stoppen. In der Tat müssen die Täter die Deals jedoch nur etwas anders abwickeln, möglich sind sie aber definitiv immer noch.

Die Banken wissen: Keiner kann es ihnen beweisen. Banken und Steuerberater verschieben große Datenmengen in nahezu rechtsfreie Räume in anderen europäischen Staaten, doch die Strafverfolgung endet faktisch an der deutschen Grenze. Besonders Investmentbanken hätten nicht nur profitiert, sondern aktiv dazu beigetragen, die kriminellen Geschäftsmodelle weiter zu entwickeln. Bei Banken sind die IT-Systeme so gesichert, dass kein Staat ohne Mithilfe der Bank an die Daten kommt.
Die Rückholung der verlorenen Gelder ist mühsam. Laut Bundesfinanzministerium konnten bis Ende 2023 nur 3,1 Milliarden Euro gesichert werden. Bei den Cum-Cum-Geschäften liegt die Rückholquote mit 205 Millionen Euro sogar noch niedriger, weil die großen Fälle einfach nicht bearbeitet werden.

Die politisch gewollte zersplitterte Zuständigkeit, bei der Landes- und Bundesbehörden parallel agieren, unerfahrene Ermittler und andere durch involvierte Politiker errichtete Hindernisse werden dafür sorgen, dass viele Fälle verjähren und Milliarden an Steuergeld unwiderruflich weg sein werden.

Durch die Tagebücher des Herrn Olearius ist allgemein bekannt, dass der Pate von Hamburg, der noch-Kanzler Olaf Scholz, aktiv in die mafiösen Geschäfte mit und um Cum-Ex herum beteiligt war. Genauso bekannt wurde dadurch, dass Johannes Kahrs – ehemaliger Hamburger Bundestagsabgeordneter der SPD - heftig bemüht war, den Bank-Chef in seinem Abwehrkampf gegen eine drohende Steuerrückforderung zu unterstützen.

Nach den ersten Treffen der Warburg-Banker mit Scholz hatte das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen 2016 mit Ablauf der Verjährungsfrist zunächst auf die Steuernachforderungen in Höhe von 47 Millionen Euro verzichtet. Weitere 43 Millionen Euro wurden 2017 erst nach Intervention des Bundesfinanzministeriums eingefordert – gegen den Willen des Paten von Hamburg.

Johannes Kahrs hatte 2016 und 2017 Treffen der Warburg-Banker Max Warburg und Christian Olearius mit dem damaligen Hamburger Bürgermeister vermittelt und war im Fall Warburg 2016 auch bei der Finanzaufsicht Bafin persönlich vorstellig geworden. Zur selben Zeit, im Jahr 2017, hatte die SPD Hamburg nach eigenen Angaben von der Warburg Bank und mit ihr verbundenen Unternehmen Spenden in Höhe von 45.500 Euro angenommen, 38.000 Euro davon flossen an den SPD-Kreis Hamburg-Mitte des früheren Abgeordneten Kahrs.

Trotzdem diese Dinge so augenfällig sind, stellte die Staatsanwaltschaft Köln unlängst die

Ermittlungen gegen Kahrs ein. Auch wenn Kahrs nicht vor Gericht nachgewiesen werden konnte, dass er Teil des kriminellen Netzwerks seines damaligen Chefs war, steht die Schuld von Kahrs, ebenso wie die von Scholz, außer Frage. Es braucht dafür kein Gerichtsurteil, wenn jedes Kind diese Sache versteht.

Auch andere ehemalige Hamburger Bürgermeister, Ole von Beust und sein Nachfolger Christoph Ahlhaus (beide CDU), sind Teil des Sumpfs. Trotzdem behaupten sie einfach nichts von den Cum-Ex- Geschäften der HSH Nordbank gewusst zu haben. Die damalige Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein hatte sich laut eigenen Angaben zwischen 2008 und 2011 in mindestens 29 Fällen Kapitalertragssteuern erstatten lassen, die zuvor gar nicht gezahlt worden waren. Obwohl von Beust nach der Lehman-Krise im Jahr 2008 kontinuierlich über die Geschäftslage der HSH Nordbank informiert worden war, es zahlreiche Gespräche gab und es damals bereits in einer anderen Sache staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die HSH Nordbank gab, beteuert der CDU-Mann ganz in Scholz-Manier seine Unwissenheit. Ahlhaus verhält sich genauso.

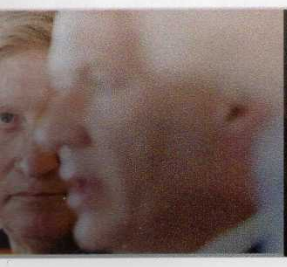
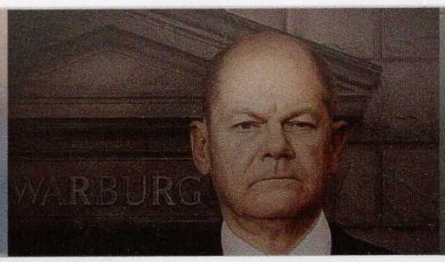
Hamburgs gegenwärtiger Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), Hamburger Finanzsenator von 2011 bis 2018 bestreitet jede politische Einflussnahme. Er versteigt sich sogar zu Aussagen wie die, *„dass die Hamburger Steuerverwaltung ihre Entscheidungen ausschließlich nach Recht und Gesetz trifft und es keine politische Einflussnahme auf die Entscheidungen gegeben hat"*. Ein Aussage, welche er als Mediziner wahrscheinlich als schwer schizophren diagnostizieren würde, aber da der Typ kerngesund scheint, kann es nur als Ausdruck eines maßlosen Zynismus betrachtet werden.

Unterdessen beschwert sich ausgerechnet Warburg-Bank Gesellschafters Christian Olearius. Er kritisierte dabei eine Ungleichbehandlung von privaten Geldhäusern und Landesbanken bei der Cum-Ex-Aufklärung. Es sei mit dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar, wenn der Staat „ausgesuchte Private an den Pranger stelle und im Auftrag von Amtsträgern für vermeintliche Straftaten verfolgt, die die öffentlichen Hände offensichtlich selbst und fortgesetzt begangen hätten. In der Sprache der Juristen könne man die aktuellen Vorgänge auch staatlich gebilligte Rechtsbeugung nennen, begangen in bandenmäßiger Form, so der Anwalt von Olearius.

Durch die Cum-Ex-Machenschaften wird erneut deutlich, wie die deutsche Bourgeoisie sich einen durch und durch korrupten und kriminellen Sumpf geschaffen hat, den diese Leute parlamentarische Demokratie nennen.

Genauso deutlich wird, dass die Aufklärung durch die Justiz nicht erwünscht ist und entsprechend verhindert wird. Das sagen ihre eigenen Leute. Auch diejenigen in der parlamentarischen Opposition schreien nur darum so laut, weil gerade Wahlkampf ist und sie hoffen von den Skandalen der anderen zu profitieren, wobei sie scheinbar nur darum so wütend sind, weil ihnen kein Stück der Beute zu Teil wurde. Das der Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungsausschusses erst am 26. Februar, drei Tage nach den vorgezogenen Neuwahlen, der Öffentlichkeit präsentiert werden wird, ist sicherlich ein reiner Zufall.

Diese Leute, die wie das ganze System, bis auf die Knochen verrottet sind, wollen die Menschen in diesem Land ernsthaft dazu animieren ihnen ihre Stimme zu geben? Das ist purer Zynismus und jeder, der an der ganzen Schweinerei beteiligt ist, sie fördert oder gutheißt, ist nicht besser als die ganz fetten Schweine, nur etwas dürrer. •

KULTUR UND GEGENKULTUR

Marcel Thomas Andreas Eris ist der erfolgreichste Twitch-Streamer in Deutschland. Bekannt als MontanaBlack oder kurz „Monte" ist er seit 2018 der erfolgreichste deutschsprachige Gaming-Livestreamer, Influencer, YouTuber. Seine YouTube-Kanäle haben mehr als 1,3 Milliarden Aufrufe und fast sechs Millionen Abonnenten. Sein Twitch-Kanal „MontanaBlack88" (ja, 88) hat rund 5,5 Millionen Follower.

Seine Story ist simpel: Klauen, Koks und Kiffen. Dazu Kreditkartenbetrug und Obdachlosigkeit, sowie einige Zeit in der Entzugsklinik. Er ist in Häuser eingebrochen und hat immer versucht mit möglichst wenig Arbeitseinsatz möglichst viel zu erreichen. Wie er durch Zufall fand er einen Weg mit Computerspielen Geld zu verdienen.

Er macht auf sympathisch, gibt sich uneitel, legt er seine Schwächen offen und erzählt so viele Details aus seinem Leben, dass man meinen könnte, man sei mit ihm befreundet.

Er ist in Wirklichkeit aber gar nicht so sympathisch. Vor einigen Jahren fiel er in seinem Urlaub auf. Er machte „heimlich" Fotos von einer Frau am Pool. Er war dabei live und meinte: *"Zeig mal ein bisschen Titte. Oh, die ist geil, Digga. Komm doch mal runter, ich hab noch ein Bettchen frei. Ficki Ficki."* An einem Abend ging der Streamer durch die Straßen, begaffte Frauen und kommentierte das mit lautem Stöhnen. Auch an diesen Szenen ließ er seine Twitch-Follower live teilhaben. Im Dezember 2019 verglich er in einem seiner Videos Frauen mit Hunden. Eris kommentierte Beschwerden über Macker-Verhalten: *„Dämliches Weib such dir Hobbys :-) und zu Hause bist du die, die ihre Beine breit macht."* *„Scheißzigeuner"* richtet sich wenn er es sagt angeblich nicht gegen Sinti und Roma. Er bezeichnet Asiaten als *„Schlitzaugen"*. Ein anderes Mal meinte er *„Ich hasse Regen. Dreht das Wort um"*. Er trägt die „88" als Tattoo auf der Hand – Alles kein Ding, weil: Seine Mutter Türkin sei.

Auch der Autor seiner Biografie stellt fest: *„Er kann für vieles herhalten, aber nicht als politische Projektionsfläche. Er vertritt keine politische Ideologie. Er redet einfach aus dem Bauch heraus."*

Das Arschloch-Verhalten gehört offenbar zu Eris' Erfolgskonzept. Damit verkauft er auch seinen Energy-Drink, „Gönrgy". Seine Single *„Es kracht in Buxtehude"* war 2023 drei Wochen in den deutschen Charts.

Seine Zielgruppe: Kinder und Jugendliche für die weder aufputschenden Zucker-Getränke noch sexualisierte Obszönitäten gut sind.

MontanaBlack scheiße finden ist normal und auch richtig, aber er ist nicht wirklich anders als all die anderen deutschen Streamer, Knossi, Pappaplatte und wie sie alle heißen. Es geht aber nicht darum den Moralapostel zu spielen und das alles zu verdammen, sondern Bewusstsein darüber zu schaffen, was sich die Jugend in diesem Land Tag für Tag zu Gemüte führt.

Aber unsere Klasse, insbesondere die Revolutionäre müssen sich auch aktiv darum bemühen, etwas Neues schaffen, dass nicht nur negativ ist, sondern viel mehr hervorhebt und befördert, was in unserer Klasse, so korrumpiert einige Teile durch den Imperialismus auch sein mögen, existiert.

Es geht nicht nur darum Wände anzumalen und auf der Straße zu kämpfen, sondern auch darum den Kampf um unsere Kultur aktiv zu führen und die Millionen, die heute an Montes Lippen hängen, für die Revolution zu begeistern und zu mobilisieren. Ein Beispiel dafür wie dies versucht wird ist **Bandera Roja - Rap Combativo.** •

Bandera Roja veröffentlichte zuletzt einen Trap-Song:

//: Jeder weiß es, Jeder weiß es
Wir sind eine Bedrohung für die Bosse
Gib mir das Feuer, gib mir das Feuer, es
entzündet den Funken, der den Steppenbrand entfacht

Wenn wir vereint sind, sind wir stark
Aus Chile in die Welt: Revolution
Rot ist unsere Fahne und unser Blut
Auf welcher Seite stehst du? ://

Unterdrückte Nationen für die Befreiung
kämpfen gegen die wahnsinnige Ausbeutung
So viele wissen es, wie du und ich
Hauptfeind: US-Imperialismus

Überall auf der Welt kommt es zu Unruhen
Die Macht des Volkes ist ein Riese, ein Löwe
Zerschmettere die militärische Unterdrückung
und ich mache
Kämpferischen Rap wie Zweilinienkampf

Kannst du es sehen?
Kannst du es glauben?
Organisation ist zum Existieren da
Das ist kein Spiel, seit vielen Jahren
schlagen Arbeiter und Bauern die Polizei
einigen kommt die Angst auf
Das Niederbrennen von Städten, Dörfern und Straßen
ist der Protest gegen die Reichen
Es lebe die Antiimperialistische Liga!
Österreich und Deutschland rufen:
Hoch die internationale Solidarität!

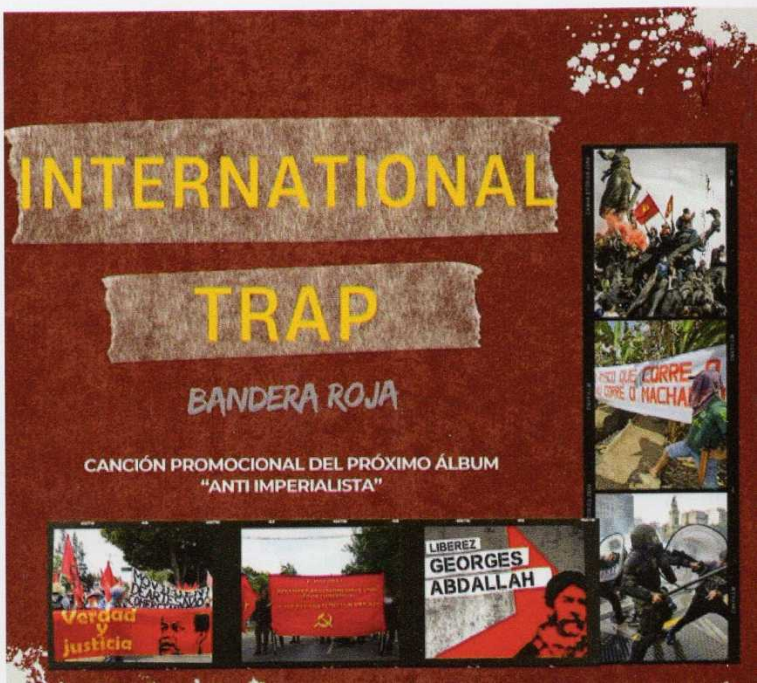
In Frankreich schreit man
nach der Ursache ihrer Revolte!
Alles in Brasilien,
ich lebe auf der Seite der Bauern!

//: Jeder weiß es, ... ://

Eure Reden sind keine Entschuldigung
Wir schaffen Bewusstsein auch in den USA
Spanien, Finnland, Norwegen und der Schweiz
Organisiert mit Kollegen im Betrieb
Während des Unterrichts, an den Basen
Aquella-Erfahrung aus der Pueblo-Nace-
Hip-Hop-Szene, genau wie Sie
Viva la GP (Volkskrieg) en el Perú!

In Mexiko erheben sich die Bauern
um mit den Arbeitern unter der Roten Sonne zu leben
Es erscheint Dr. Sernas
Nieder mit AMLO und seiner Agenda
Gegen die Amerikaner in Ecuador
Der bewaffnete Kampf ist das schönste Lied
Lateinamerika schreit in Schmerz
Sie sind die neue Revolution
In unseren offenen Adern
erwacht das neue Blut
Mit Wurzeln auch in Kolumbien.
Gegen die Tombos und die alle Bazofia
Damit es in Venezuela keine Aggression gibt
des Imperialismus, keine Invasion
Brüder in Bolivien und Argentinen erhebt euch
Gegen Hunger und Lügen

//: Jeder weiß es ... ://"



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
ab 17 Uhr

BERLIN

Veranstaltung:
Präsentation der Antiimperialistischen Liga
Samstag - 11. Januar - 14:00 Uhr
Dersim Kulturgemeine e.V.

LLL-Demonstration
Sonntag - 12. Januar - 10:00 Uhr
Frankfurter Tor

KONTAKTE

BUNDESWEIT
Roter Bund | *kontakt@roterbund.de*
Rotes Frauenkomitee | *rfk-kontakt@roterbund.de*

BADEN-WÜRTTEMBERG
Roter Bund |*bw@roterbund.de*

BERLIN
Roter Bund | *berlin@roterbund.de*

BREMEN
Roter Bund | *bremen@roterbund.de*
Rotes Frauenkomitee Bremen | *rfk-bremen@roterbund.d*

HAMBURG
Roter Bund | *hamburg@roterbund.de*
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW
Roter Bund | *nrw@roterbund.de*

ROTE POST